

Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz

Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz

061 31 / 23 86 21
061 31 / 23 87 31 (Fax)

www.lsvrlp.de
info@lsvrlp.de



LSV RLP | Kaiserstraße 26-30 | 55116 Mainz

An die Vertreter und Vertreterinnen
der Medien

-2 Seiten-

Mainz, 8. Oktober 2018

Pressemitteilung der Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz:

Handyverbot an Schulen

Smartphones sind aus unserem Alltag kaum wegzudenken. Mal eben seine Mails checken, sich mit seinen Freunden austauschen oder sich über Themen zu informieren - ohne Smartphone? Undenkbar. Trotzdem gibt es schon seit der Erfindung des Mobilgeräts Diskussionen, ob diese an Schulen verboten werden sollen oder nicht. Auch in Deutschland ist diese Frage offen und wird heiß debattiert.

Frankreich macht den ersten Schritt: Seit den Sommerferien 2018 ist nicht nur das Mitführen eines Smartphones, sondern auch von elektronischen Endgeräten wie Tablets oder Smartwatches untersagt. Nur Schüler*innen, die ein Handicap besitzen oder sich in der Sekundarstufe II befinden, ist es gestattet, besagte Geräte mitzuführen.

Das Bundesland Bayern hat bereits im Jahr 2006 einen Artikel zu diesem Thema im Erziehungs- und Unterrichtsgesetz verabschiedet. Laut diesem Artikel ist es Schüler*innen untersagt, das Mobiltelefon auf dem Schulgelände einzuschalten, wenn es nicht zu Unterrichtszwecken verwendet wird. Sollte man diesen Artikel also bundesweit einführen?

Nein. Ein Verbot dieses Ausmaßes wäre nicht nur unangebracht, sondern vollkommen überzogen. Wir leben in einer Welt der digitalen Medien. Schon im Jahr 2017 besaßen **94%** aller 16- bis 18-Jährigen ein Smartphone¹. Das Problem ist nicht die übermäßige Nutzung während der Schulzeit, sondern die fehlende Aufklärung der Schüler*innen.

Aufklärung ist für dieses Thema von großer Bedeutung. Welche Seiten sollte ich im Internet besser meiden? Sollte ich einfach so meine persönlichen Fotos ins Netz stellen? Fragen über Fragen, die weder im Unterricht, noch sonst irgendwann während der Schulzeit beantwortet werden. Die Schüler*innen müssen wissen, was sie im Netz erwartet, worauf sie sich einstellen sollten und wie sie sich am besten schützen können.

Ein Argument der Befürworter*innen eines Handyverbots ist Cybermobbing. Schüler*innen werden in sozialen Medien oder über Direktnachrichten beleidigt, erniedrigt oder genötigt. Deshalb ist es wichtig, dass man - anstatt Smartphones zu verbieten - die Schüler*innen über mögliche Gefahren aufklärt. Ein gutes Konzept der Aufklärung sind die sogenannten „Mediencouts“. Seit 2008 gibt es Schulen, die ihre Schüler*innen zu Mediencouts weiterbilden, damit diese andere Schüler*innen, die Probleme mit Cybermobbing haben, unterstützen. Außerdem vergeben die Mediencouts den sogenannten „Internet-Führerschein“, ein Dokument, das man nach einem meist 3-stündigen Seminar zum Thema „Sicherheit im Netz“ erhält.

Konzepte wie diese helfen, die Angst vor den digitalen Medien zu nehmen. Trotzdem werden sie viel zu selten umgesetzt. Die Mediencouts gibt es „nur“ an 150 Schulen - nicht einmal der Hälfte also der weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Konzepte wie diese, die eine Zukunftsperspektive besitzen, sollten gefördert werden.

„Ein bundesweites Handyverbot gleicht einem Versuch, sich vor dem Zeitalter der Digitalisierung zu verstecken. Wäre es nicht sinnvoller, sich dieser unausweichlichen Aufgabe zu stellen und mit innovativen Konzepten statt mit dementierenden Regelungen in die Zukunft zu starten?“, so Jens C. Maurer, Pressereferent und Vorstandsmitglied der LSV Rheinland-Pfalz.

Für weitere Informationen stehe ich, Jens C. Maurer (Jens.Maurer@lsvrlp.de), zur Verfügung.

¹Quelle:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1106/umfrage/handybesitz-bei-jugendlichen-nach-altersgruppen/>